Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugsbeanstanden und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis: Im Hause monatlich 2.50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2.30 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle und Redaktion: Pillnitzerbahnhofstraße 2 / Fernsprecher 17254 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 1860. Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde.

Anzeigenpreise: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.30 RM., für Kleinanzeigen 0.20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den breispaltigen Teil einer Zeile 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Pillnitzerbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

6. Jahrgang — Dresden, Freitag den 14. Februar 1930 — Nummer 38

Neue Provokation der USSR in Vorbereitung

Erst Vorbereitung durch Pressekampagne — Die Sozialdemokratische Partei der Initiator

Ueberfall auf die Botschaft in Berlin beschlossen

Berlin, 14. Febr. (Eig. Drahtbericht)

Von gut informierter Seite geht uns nachstehende Darstellung zu:

„Im preußischen Innenministerium bei Herrn Grzesinski fand vor 2 Tagen eine Besprechung über geplante Maßnahmen gegen Institutionen der Sowjetunion in Deutschland statt, bei der ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß das Vorgehen des preußischen Innenministers im Einvernehmen und mit Wissen des Reichsinnenministers Severing erfolge. In dieser Besprechung wurden bestimmte politische Maßnahmen gegen sowjetrussische Staatsbürger, denen man ein „Zusammenarbeiten mit der KPD" nachweisen kann, beschlossen.

Gleichzeitig wurde der Beschluß gefaßt, nach gründlicher Pressevorbereitung einen Handstreich auf die Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion in der Lindenstraße sowie auf die Sowjetbotschaft selber durchzuführen.

Bedenken außenpolitischer Natur wurden mit dem Hinweis auf eine ohnehin notwendige Korrektur der deutschen Außenpolitik im Sinne der amerikanischen Tendenz zurückgewiesen. Eine solche Korrektur sei im Zusammenhang mit der Annahme des Youngplanes und infolge der deutsch-französischen Zusammenarbeit an und für sich notwendig. Unter den Teilnehmern der betr. Sitzung herrschte allgemein der Eindruck vor, daß es sich bei den geplanten politischen Ueberfällen und ihrer Vorbereitung durch eine systematische Pressekampagne gegen die Sowjetinstitutionen um eine spezielle sozialdemokratische Aktion handelt, durch die die SPD-Minister Severing und Grzesinski von der Innenpolitik her den allgemeinen antibolschewistischen Kurs der deutschen Außenpolitik noch erheblich zu verschärfen gedenken."

Die vorstehende Meldung, die sich auf so zuverlässige Informationen stützt, daß auch ein Dementi der Severing und Grzesinski nicht imstande wäre, die Glaubwürdigkeit der Darstellung unseres Gewährsmannes zu erschüttern, zeigt, bis zu welchem Ausmaß die verbrecherischen Pläne der regierenden Sozialfaschisten bereits gediehen sind. In diesem Zusammenhang wird auch die erneute plumpe Lügenofensau des Vorwärts gegen die Rote Fahne verständlich, die nicht zufällig an dem gleichen Tage einsetzte, an dem das andere Sprachrohr des SPD-Parteivorstandes, der offizielle sozialdemokratische Pressedienst, einen umfangreichen Hetzartikel bringt, in dem unverblümt der Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion gefordert wird. Der gestrige Morgen-Vorwärts veröffentlicht den nachfolgenden Schwindel:

„Die gesamte Auflage der Roten Fahne beträgt 25 000 Exemplare. Von dieser Gesamtauflage werden 5000 Stück von der russischen Sowjetbotschaft und Handelsvertretung in Berlin bezogen. Genau 20 000 Stück der gesamten Auflage des kommunistischen Zentralorgans sind also von Moskaus Auftraggebern abonniert. Die Rote Fahne ist ein von der Sowjetbotschaft in Berlin subventioniertes Blatt."

Schon die „Logik" in diesem Bericht zeigt die ganze Lüge auf.

Im gestrigen Abend-Vorwärts wird der gleiche Schwindel mit einigen Abänderungen über angebliche Aeußerungen eines „von der Zentrale der KPD beauftragten Unterhändlers" fortgeführt. An einer anderen Stelle taucht die Behauptung auf, die Sowjetbotschaft hätte vielleicht nicht 5000 Exemplare der Auflage tatsächlich „abgenommen" sondern „nur bezahlt".

Gegenüber diesen unverschämten Lügen, die natürlich auch von dem Lügenorgan am Wettinerplatz verbreitet werden, hat bereits die Presseabteilung der russischen Botschaft in Berlin die nachfolgende Meldung herausgegeben:

„Die Meldung des Vorwärts vom 13. Februar d. J. über angebliche Subventionierung in irgendwelcher Form der Zeitung Rote Fahne durch die Botschaft oder Handelsvertretung der Sowjetunion in Berlin ist glatt erfunden."

Müller-Regierung streicht Mittel für dringende soziale Zwecke

Die Müller-Regierung plant neben dem neuen Steuerraub auch noch Abstriche vom Etat. Aber nicht Ausgaben für Reichswehr und Kriegsvorbereitungen werden gestrichen, sondern lediglich Ausgaben für die dringendsten sozialpolitischen Zwecke.

Die Müller-Regierung plant zu streichen Mittel der Wochenhilfe für Familienangehörige, Reichszuschüsse an die Invalidenversicherung, Ausgaben für produktive Erwerbslosenfürsorge und für Kriegsbeschädigte, usw.

Die Müller-Regierung wagt es, trotz eines Arbeitslosenheeres von annähernd vier Millionen, die Ausgaben für soziale Zwecke so zusammenzustreichen, wie es keine Bürgerblockregierung gewagt hätte. Die Riesengehälter für die Sozialfaschisten lohnen sich so tausendfach für die Bourgeoisie, doch wird das Proletariat dem schlimmsten Hunger preisgegeben.

Riesengewinne der Unternehmer — Hungerlöhne der Arbeiter

sind die Folgen der von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie gepriesenen Rationalisierung.

18 Prozent Dividende gibt die Mimosa, Fabrik für fotografische Artikel, in Dresden ihren Aktionären.

12 Prozent Dividende schüttet die Somag, Sächsische Ofen- und Wandplattenwerke, Meißen, aus.

10 Prozent Dividende gelangen bei der Bachmann und Ludewig AG, Chemnitz, an die Aktionäre zur Verteilung.

13,6 Prozent verdiente der Arbeiter weniger an Reallohn im Jahre 1929 gegenüber dem Jahre 1928.

Aendert diese Verhältnisse durch evolutionäre Streiks!

Kämpft mit der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Wählt revolutionäre Wahlausschüsse zur Vorbereitung

roter Betriebsrätewahlen!

Verschärfung im Streik der Taxifahrer

Berlin, 14. Febr. (Eig. Drahtbericht)

Die gestern im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Taxichauffeure beschloß einstimmig, heute alle Berliner Chauffeure in den Streik einzubeziehen. Der Streik der Taxichauffeure bekommt dadurch eine weitere entschiedene Ausdehnung.

Sozialfaschistischer Verzweiflungskampf

Rote Betriebsräte gemaßregelt — Wachsende Empörung der Belegschaften — Die revolutionäre Opposition marschiert

Dresden, 14. Februar.

Die sozialfaschistischen Betriebsräte sind die festesten Säulen der Ausbeuter. Das zeigt sich ganz besonders bei den Vorbereitungsmaßnahmen, die diese Burschen für die am 22. März stattfindenden Betriebsrätewahlen treffen. Ein sozialfaschistischer Betriebsratsvorsitzender war es, der die drei roten Betriebsratsmitglieder bei Opel denunzierte. Der Ruhm dieses Kapitalistenknechtes läßt natürlich seine Kollegen in den anderen Betrieben nicht ruhig schlafen. In einem der größten Betriebe Leipzigs, der Textilfirma Stöhr, erhielt das einzige oppositionelle Betriebsratsmitglied, der Genosse Kalchlewski, seine Kündigung mit der Begründung:

„Die wirtschaftliche Lage unseres Betriebes erträgt die weitere Duldung kommunistischer Umtriebe unter der Belegschaft nicht länger."

Diese Begründung wurde von den sozialfaschistischen Betriebsratsmitgliedern in geheimer Abstimmung anerkannt. Gegen zwei Stimmen wurde die Zustimmung zu der Entlassung im Arbeiterrat und Betriebsrat gegeben. Das, obgleich die Führerin der Sozialfaschisten, Frau Bergold, am Tage vorher betont hatte, einer Entlassung nicht zustimmen zu wollen.

Auf der Zeche „Königsgrube" in Wanneickel wurden zwei oppositionelle Betriebsratsmitglieder von dem sozialfaschistischen Betriebsratsvorsitzenden der Direktion denunziert und fristlos entlassen.

In allen Betrieben tragen so die sozialfaschistischen Kreaturen der Bourgeoisie dafür, daß oppositionelle Arbeiter, die einen Einfluß auf die Belegschaft besitzen, entlassen werden, um zu verhindern,

daß rote Betriebsräte die Führung im Betrieb erobern.

Diese schändliche Rolle der Sozialfaschisten kann nicht genug gebrandmarkt werden. Die Belegschaften schätzen die Verräter richtig ein. Ebenso wie bei Opel herrscht eine ungeheure Empörung über die Maßregelung der roten Betriebsratsmitglieder. Die Arbeiter verteidigen ihre revolutionären Funktionäre. Noch gelang es den vereinten Kräften des Staatsapparates, des Unternehmertums, der bürgerlichen Lügenpresse und den sozialfaschistischen Verrätern, die Empörungswelle aufzuhalten. Die Arbeitermassen aber stoßen weiter vor. Immer lauter wird der Kampfruf nach Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden täglich und die 40-Stunden-Woche. Der Druck der Massen ist bereits so stark, daß die „linke" sozialfaschistische Presse diesen Forderungen Konzessionen machen muß. Erst vor kurzem konnten wir hinweisen auf den Artikel Fritz Kummers in der Metallarbeiterzeitung, der von der Dresdner Volkszeitung übernommen wurde. In diesem Artikel schrieb Kummer unsere Forderung über den Siebenstundentag ab mit der Maßgabe, daß die „Sozialdemokratische Reichstagsfraktion dazu Stellung nehmen" solle. Wir haben bereits die Demagogie der linken Sozialfaschisten zurückgewiesen. Jetzt kommt die Chemnitzer Volkstimme wieder mit derselben Verhöhnung. Ganz richtig wird eingangs geschrieben:

„Rationalisierung! Die Maschine verdrängt den Menschen; der Mann aus Eisen und Stahl, die Muskeln und

Der Youngplan verschärft die Kriegsgefahr

Die Sozialdemokraten an der Spitze der Kriegstreiber

Berlin, 13. Februar. (Eig. Bericht)

Den letzten Tag der ersten Youngplanberatung im Reichstag benutzten die Kommunisten, um mit aller Schärfe die Bedeutung des Youngplans für die internationalen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion zu kennzeichnen. Der Sprecher der kommunistischen Fraktion, Genosse Stoecker, zeigte an Hand von hunderten Beispielen nicht nur die Verschärfung der Kriegssituation durch die unheimliche Aufrüstung, durch die Kriegsbündnisse der einzelnen imperialistischen Staaten untereinander, sondern gab auch ein umfassendes Bild über die Formen, die die theologischen Kriegsvorbereitungen angenommen haben. Noch zu keiner Zeit nahm die Hetze und die Verleumdung gegenüber der Sowjetunion in den Spalten der bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen solche widerlichen und skrupellosen Formen an wie gegenwärtig. Genosse Stoecker hielt eine vernichtende Abrechnung mit der Verleumderfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten. Stampfer flüchtet im „Vorwärts" doch die russische Botschaft in Berlin das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, die „Rote Fahne", durch die Uebernahme von 5000 Zeitungsexemplaren finanziell erhalte. Genosse Stoecker stellt fest, daß die sowjetrussische Botschaft nur 12 Exemplare erhält, und erklärt von der Rednertribüne: „Herr Stampfer ist ein bewußter Schwindler und Verleumder, der die deutschen Arbeiter in eine Kriegsstimmung gegen die Sowjetunion hineintreiben will."

Zum erhält Genosse Stoecker für seine Feststellung den üblichen parlamentarischen Ordnungsruf des Präsidenten Löbe, aber Stampfer selbst, der im Reichstag anwesend ist, meldet sich nicht zum Wort. Er läßt das Kainszeichen der Lüge auf seiner Stirn sitzen, rennt verstört zur Pressetribüne, um dort den Journalisten die Anweisung zu geben, daß sie Stoeckers Ausführungen unterschlagen sollen.

Wirkungsvoll zeigt Genosse Stoecker auch die Rolle des Zentrums bei der ideologischen Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion auf. Unter stürmischen Pfuirufen der Kommunisten verliest Genosse Stoecker eine Zentrumsbroschüre, in der es heißt: „Der Bolschewismus ist ein schleichendes Gift, das gleichzusetzen ist der Syphilis." Keine Lüge scheut die bürgerliche und sozialdemokratische Presse, um die werktätigen Massen in einen Kriegstaumel gegen die Sowjetunion zu hetzen. An der Spitze der Verleumdungskampagne stehen die Sozialdemokraten, die offen den Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland fordern.

Genosse Stoecker schließt seine durch den Beifall der Kommunisten oft unterbrochene Rede mit der Verlesung des Aufrufs der Kommunistischen Internationale aus dem Jahre 1919, aus den Tagen des Versailler Diktats:

„Solange der Kapitalismus lebt, kann es keinen dauernden Frieden geben. Der dauernde Friede, der Weltfriede wird nur auf den Trümmern der bürgerlichen Ordnung aufgebaut werden."